

Das „Heidelberger Manifest“ von 1981

Deutsche Professoren warnen vor „Überfremdung
des deutschen Volkes“

ANDREAS WAGNER

Warnungen vor der „Überfremdung des deutschen Volkes“ wurden nicht erst seit Goebbels' Agitation vor dem „ungehinderten jüdischen Einfluss im deutschen Geistesleben“¹ im September 1933 laut. Bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik bildeten antisemitische Klischees über die „sprachliche Fremdartigkeit“² von Juden die Bausteine mythisch verklärter Hetzargumentationen und Verschwörungstheorien. Über das politische Geschehen hinaus findet der Begriff der „Überfremdung“ auch Anwendung im Bereich der Kultur, Sprache und Wirtschaft. So warnt man beispielsweise in regelmäßigen Abständen vor der Präsenz und dem Einfluss von Anglizismen, der die deutsche Sprache und damit die deutsche Kultur als Ganzes bedrohe.

Dass sich in der Nachkriegszeit mit dem Begriff der Überfremdung nicht nur Ängste in der breiten Bevölkerung schüren ließen, sondern dass dieser Begriff auch und gerade an der Universität, dem vermeintlichen Hort von Rationalität und Aufklärung, wieder Gegenstand einer vermeintlich wissenschaftlichen Begründung von Ausländerfeindlichkeit sein konnte, zeigt das Beispiel einer höchst umstrittenen Publikation, die 1981 mit dem Titel „Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981“³ an die Öffentlichkeit gelangte.

-
- 1 Goebbels, Joseph: Signale einer neuen Zeit. 25 ausgewählte Reden von Dr. Joseph Goebbels (1927-1934), München 1934, S. 213. Zur Genese dieses zunächst kapitalgeprägten Begriffs siehe Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1998, S. 615 ff.
 - 2 Vgl. beispielshalber Wustmann, Gustav: Allerhand Sprachdummheiten: kleine deutsche Grammatik des Zweifelhafte, Falsche und Hässliche. Ein Hilfsbuch für alle die sich öffentlich der deutschen Sprache bedienen, Leipzig 1891, S. 14.
 - 3 Beide Fassungen des Manifestes können eingesehen werden in: Staack, Klaus/Karst, Inge (Hg.): Macht Ali deutsches Volk kaputt?, Göttingen 1982, S. 59 ff.

Die fünfzehn beteiligten Professoren äußerten in der Schrift ihre Sorge um das „deutsche Volk“, das durch die hohe Anzahl von zugezogenen Ausländern immer stärker „unterwandert“ und zurückgedrängt werde. Einen rassistischen Vorgang dieser Art hatte es seit dem „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler“ und dem Versprechen einer „volksgebundenen Wissenschaftspflege“⁴ rund fünfzig Jahre zuvor nicht mehr gegeben. In einer an die Zeit dieses Hitler-Gelöbnisses vom November 1933 erinnernden Sprache verbreiteten damals Professoren angesehener Universitäten nun ihre Thesen über eine ihrer Meinung nach durch „Zuzug“ und „Überfremdung“ „unterwanderte“ deutsche Gesellschaft.

Doch wie konnte es zu einer derartig ausländerfeindlichen Publikation durch Professoren noch im vom Nationalsozialismus geläuterten Nachkriegsdeutschland kommen? Auf welchen gesellschaftlichen Nährboden traf sie zu Beginn der 1980er Jahre und wie wurde sie rezipiert? Welche zivilgesellschaftliche Wirkung erzielte das Heidelberger Manifest zu seiner Zeit? Und nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob es dazu geeignet war, eine unmittelbare gesellschaftliche Breitenwirkung in der bundesrepublikanische Integrationsdebatte der 1980er Jahre zu entfalten.

GENESE DES MANIFESTS: VOM LESERBRIEF ZUR RESOLUTION

Die Geschichte des Heidelberger Manifests hatte zunächst mit einem Leserbrief des Mineralogie-Professors und späteren Manifest-Autors Helmut Schröcke in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am 22. Januar 1980 begonnen. Bereits darin war der biologistisch-völkische Ausgangspunkt des künftigen Manifests enthalten: „Völker sind (kybernetisch und biologisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen System-eigenschaften, die genetisch weitergegeben werden. Dabei sind auch die nicht körperlichen Eigenschaften eingeschlossen, die genauso vererbt werden, wie die körperlichen (die Milieu-Theorie ist wissenschaftlich falsch).“ Im August 1980 fand dann ein Kongress der rechtsgerichteten „Gesellschaft für freie Publizistik“ mit dem Thema „Die Zukunft des deutschen Volkes aus biologischer und politischer Sicht“ statt, auf dem mit ähnlicher Argu-

4 Vgl. Schönwälder, Karen: Migration, Refugees and Ethnic plurality as issues of public and political debates in (West) Germany, in: Cesarani, David/Fulbrook, Mary (Hg.): *Citizenship, Nationality and Migration in Europe*, London/New York 1996, S. 159-178, hier S. 166 sowie Nowak, Kurt: Protestantische Universitätstheologie und "Nationale Revolution", in: Siegele-Wenschkewitz, Leonore/Nicolaisen, Carsten (Hg.): *Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus*, Göttingen 1993, S. 89-112, hier S. 108.

mentation die „geistigen Waffen“⁵ für den Kampf gegen Zuwanderung beschworen wurden. Zu den Initiatoren der Tagung, auf der bereits ein „Schutzbund zur Erhaltung des Deutschen Volkes“ gefordert wurde, gehörte auch Professor Heinrich Schade, ein Mitautor der ersten, sogenannten Unterzeichner-Fassung des Heidelberger Manifests.

Diese erste der beiden Fassungen des Heidelberger Manifests wurde dem Untertitel nach am 17. Juni 1981 gefertigt. In dieser Version äußerten die insgesamt fünfzehn Manifestanten⁶ ihre „große Sorge“ vor der „Unterwanderung des deutschen Volkes“ durch den Zuzug von Millionen von Ausländern, der mit der „Unmöglichkeit der Integration großer Massen nicht-deutscher Ausländer“ unweigerlich zu einer der „bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften“ führen müsse. „Völker“, so die Autoren in beinahe wortwörtlicher Anlehnung an die Formulierung aus Prof. Schröckes Leserbrief, seien „biologische und kybernetische Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben“ würden. Dabei habe jedes Volk ein „naturgegebenes Recht“ auf die „Erhaltung seiner Identität“. Die Grundlage dafür seien „lebensvolle und intakte deutsche Familien“ mit „eigenen Kindern“ in Deutschland und Europa. In einem Maßnahmenkatalog zur Verwirklichung der vorgestellten Grundsätze sollten u.a. die „Maschinen wieder zu den Menschen“ gebracht werden. Dies bedeutete nichts anderes, als dass mit einer vermehrten „Rückkehr der Ausländer“ in ihre Heimat eine „ökologische Entlastung“ für die Bundesrepublik als „eines der dichtesten besiedelten Länder der Welt“ erreicht würde. Zur Erhaltung des deutschen Volkes sollte zudem ein Verband samt wissenschaftlichem Beirat und Pressestelle gegründet werden.

Nachdem das Manifest in den folgenden Monaten in einem „Handbuch gegen Überfremdung“ und in weiteren Artikeln rechtsextremer Zeitschriften wie der *Deutschen Wochenzeitung* oder der *Nation Europas* ohne größeres Aufsehen thematisiert worden war,⁷ fanden Bonner Studenten den vermut-

5 Nation Europa, H. 11-12/1980, S. 3, zitiert nach Burgkart, Claus: Das „Heidelberger Manifest“ – Grundlage staatlicher Ausländerpolitik?, in: Meinhardt, Rolf (Hg.): *Türken raus? oder Verteidigt den sozialen Frieden*, Hamburg 1984, S. 141-161, hier S. 147 f.

6 Das Manifest schließt mit einer Aufzählung der Manifestanten des „Heidelberger Kreises“: Professor Dr. phil. habil. Bambeck, Professor Dr. Fricke, Professor Karl Götz, Professor Dr. phil. Haverbeck, Professor Dr. rer. nat. Illies, Professor Dr. theol. Manns, Professor Dr. Dr. Oberländer/Bundesminister a. D., Professor Dr. jur. Rasch, Professor Dr. Riedl, Professor Dr. med. Schade, Professor Dr. rer. nat. Schmidt-Kaler, Professor Dr. rer. nat. Schröcke, Professor Dr. med. Schürmann, Professor Dr. phil. Siebert und Professor Dr. phil. Stadtmüller.

7 Vgl. Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 141.

lich absichtlich abgelegten Text in einer Telefonzelle.⁸ Sie benachrichtigten daraufhin den Allgemeinen Studierendenausschuss ihrer Universität, welcher seinerseits den Fund publik machte, so dass die *tageszeitung* am 12. Januar und *Die Zeit* am 5. Februar 1982 erstmals einer breiteren Öffentlichkeit über das Heidelberger Manifest berichtete. Wenig später trat der im September 1981 konstituierte „Schutzbund für das Deutsche Volk“ in seiner ersten Sitzung am 23. Januar 1982 öffentlich als der im Manifest geforderte Verband auf und veröffentlichte das Schriftstück in Form von Flugblättern.⁹ Die spätere 1. Vorsitzende des „Schutzbundes für das deutsche Volk“, Brigitte Finkeißen-Frank, wandte sich bereits im April 1981, also folglich Monate vor der Erstellung der „Unterzeichner-Fassung“ des Manifests, mit einer Protestschrift gegen die Eröffnung eines „Japan-Centers“ in Heidelberg. Sie benutzte dabei auch bereits einige sprachliche Ausdrücke und Formulierungen aus dem Heidelberger Manifest.¹⁰

Offenbar als Reaktion auf die starke Pressekritik der vorangegangenen Zeitungsbeiträge, die vor allem an der populistisch-rassistischen Argumentation des Manifests aufgekommen war, veröffentlichte eine veränderte und nun elfköpfige Autorengruppe eine Presseerklärung am 31. Januar 1982. Darin beklagt sie, dass das ursprüngliche Heidelberger Manifest lediglich durch „Indiskretion“ und einer „von der radikalen Linken gesteuerten Diffamierungskampagne“ in seiner „vorläufigen Form bekannt“ gemacht worden sei, die „allein zur Gewinnung weiterer Unterzeichner bestimmt“ gewesen sei.¹¹ Ob die aufgefundenen Flugblätter nur versehentlich oder aber wohlüberlegt zur Auffindung auslagen und damit einer breiten Öffentlich-

8 Die genaue Veröffentlichungsstrategie kann mittlerweile nicht mehr ermittelt werden. Einerseits finden sich Aussagen, dass das Manifest „stapelweise“ in Bochumer Telefonzellen gefunden wurde, was eher für eine bewusste Veröffentlichung spricht. Andererseits gibt einer der Initiatoren des Manifestes, Helmut Schröcke, in einem Interview an, feindselige „K-Gruppen“ hätten die Schrift ohne weiteres Zutun veröffentlicht; vgl. zur bewussten Veröffentlichungsstrategie AstA Universität Bochum: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch!“: Professoren als wissenschaftliches Aushängeschild für rassistischen Kampfbund, Bochum 1982, S. 7 sowie zur Aussage Schröckes ders., in: Kühnert, Hanno: Rassistische Klänge. Was sich deutsche Professoren bei der Unterschrift unter das Heidelberger Manifest dachten, in: *Die Zeit* 05.02.1982.

9 Vgl. Tomkowiak, Ingrid: „Das Heidelberger Manifest“ und die Volkskunde, in: *Zeitschrift für Volkskunde*, Jg. 92 (1996) H. 1, S. 185-207, hier S. 187.

10 Vgl. dazu Finkeißen-Frank, Brigitte: Kein „Japan-Center“! Bürgerinitiative e.V. Heidelberg, Heidelberg 1981, in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 72 f. sowie Heidenreich, Gert: Notwendige Anmerkungen zu den Unterzeichnern des Heidelberger Manifestes, in: ebd., S. 92-95, hier S. 92.

11 „Mainzer Kreis“: Presse-Erklärung zum „Heidelberger Manifest“, Mainz 1982, abgedruckt in: Staeck/Karst 1982 (s. Anm. 3), S. 70 ff. sowie Tomkowiak 1996 (s. Anm. 9), S. 190.

keit zugänglich gemacht wurden, ließ die Gruppe jedoch offen. Stattdessen hieß es, die „versuchte Einschleusung rechtsradikaler Kräfte in das Vorhaben“ habe es unumgänglich gemacht, noch vor dem geplanten Zeitpunkt der Veröffentlichung im März bzw. April „schnellstens alle Unklarheiten und Mißverständnisse [...] zu beheben“.¹² Darüber hinaus distanzieren sich der nun „Mainzer Kreis“¹³ genannte Verfasserkreis vom neugegründeten Verein „Schutzbund für das Deutsche Volk“, der weder in der Lage noch berechtigt sei, die Aufgaben des geforderten Bundes wahrzunehmen.¹⁴ In der Folge veröffentlichte am 4. Februar 1982 Prof. Dr. Theodor Schmidt-Kaler, einer der Unterzeichner, eine aktualisierte Fassung des Heidelberger Manifests und versendete diese auch an Journalisten, Pressebüros und Redaktionen.¹⁵

Diese zweite Variante des Manifests, vielfach auch „Öffentlichkeits-Fassung“¹⁶ genannt, enthielt neben weitestgehend gleichlautenden Passagen den entsprechenden appellierenden Impetus und eine im Wesentlichen unveränderte Argumentationskette. Damit hatten die Verfasser ihren Zweck erreicht: Manchen Kritikern erschien sie „moderater“¹⁷, als nunmehr „abgeschwächte“¹⁸ Fassung oder sogar als inhaltlicher Positionswechsel¹⁹. In der

12 Ebd., S. 70.

13 Der „Mainzer Kreis“ bezeichnet ursprünglich eine ultramontane Vereinigung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die sich in Zirkeln und Publikationen streng katholisch gegen das Staatskirchentum wandte. Ob die namentliche Analogie beabsichtigt war, lässt sich nicht mehr rekonstruieren.

14 Da einige der Autoren der zweiten Fassung bereits bei dem Podiumsgespräch des „Schutzbundes für das deutsche Volk“ mit dem Thema „Wissenschaftliche und ethische Grundlagen des Heidelberger Manifests“ am 23. Januar 1982, nur acht Tage vor der öffentlichen Distanzierung, anwesend gewesen waren, sahen einige Teilnehmer des Symposiums in der Lossagung eine „scheinheilige Heuchelei“. Auf der Tagung bezeichnete Professor Fricke den „Floh klüger als manchen Menschen, da er nur an Menschen gehe, die ihm gesundes Blut zur Verfügung stellten“; siehe dazu Kühnert, Hanno: Von Flöhen und vielen unklugen Menschen. Das erste und das zweite Heidelberger Manifest. Die Seltsamkeiten halten sich in Grenzen, in: Frankfurter Rundschau, 25.02.1982, sowie zur Distanzierung selbst „Mainzer Kreis“: Presse-Erklärung zum „Heidelberger Manifest“, Mainz 1982, abgedruckt in: Staack/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 70.

15 Bei der Zitation von Passagen aus dem „Heidelberger Manifest“ wird – sofern nicht anders ausgewiesen – stets die Öffentlichkeits-Fassung als Zitiergrundlage verwendet.

16 Unterzeichner waren: Prof. Dr. phil. Bambeck, Prof. Dr. Fricke, Prof. Dr. Haverbeck, Prof. Dr. Illies, Prof. Dr. Manns, Prof. Dr. Rasch, Prof. Dr. Rutz, Prof. Dr. Schmidt-Kaler, Prof. Dr. Schürmann, Prof. Dr. Siebert und Prof. Dr. Stadtmüller.

17 Vgl. dazu Tomkowiak 1996 (s. Anm. 9), S. 188.

18 Siehe Wehrhöfer, Birgit: Das Ende der Gemütlichkeit. Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. TU Braun-

Neufassung war nun nicht mehr von „Unterwanderung des deutschen Volks“ die Rede, es wurde lediglich ein „Vorgang“ beobachtet, der zu einem Zusammenleben mit „fünf Millionen Gastarbeitern und ihrer Familien“ führe. Schmidt-Kaler deutete auf einer Veranstaltung des „Schutzbundes für das deutsche Volk“ mit seiner Warnung vor „völkischen Ausdrucksweisen“ an, in welcher Form diese „Übersetzungen“ zu verwirklichen seien: „Man sagt dann eben Solidarität statt Treue – das ist so einfach.“²⁰ Die Erneuerungen der zweiten Fassung gingen jedoch über diesen bloßen Austausch von Worten hinaus, da die Veränderungen nicht nur an vereinzeltten Worten zu erkennen waren, sondern am Wegfall ganzer Absätze und Definitionen.²¹ Gleichwohl wurde aber im Kern auf der Unmöglichkeit der „Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ohne Gefährdung des eigenen Volkes“ bestanden.

Nach der Veröffentlichung der „dem Medienjargon besser angepassten Übersetzung“²² in der zweiten Fassung des Manifests fiel die Rezeption der rassistischen Schrift in der bundesdeutschen Presse überraschend uneinheitlich aus. Während die Schrift von Teilen der Tagespresse als eine nun „überwiegend vernünftig formulierte, akzeptable Diskussionsgrundlage“ mit einer „nur noch geringen Zahl an Seltsamkeiten“²³ eingeschätzt wurde, erschien sie andernorts als eine „Mischung aus dem Wörterbuch des Unmenschen und Bürokratenjargon“²⁴. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages fanden noch deutlichere Worte: Von einer „habilitierten Dummheit“²⁵ war ebenso die Rede wie von einem „völkisch-rassistischen Machwerk [...]

schweig. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 23, November 1997, S. 19 sowie Bade, Klaus: Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen 2004, S. 404.

19 Siehe Jäger, Siegfried: Rassismus im Diskurs. Vortrag bei der Diskussionsveranstaltung von ver.di „Rassistische Sprache in den Medien und Alltag“ am 27.03.2004 in Berlin.

20 Zitiert nach AStA Universität Bochum 1982 (s. Anm. 8), S. 10; siehe auch Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 143.

21 Beispielsweise sei hier verwiesen auf die weggefallene Definition der Völker als „voneinander verschiedene biologisch und kybernetische Systeme höherer Ordnung, deren Systemeigenschaften genetisch und durch Tradition weitergegeben werden“.

22 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 143.

23 Kühnert, Hanno: Von Flöhen und vielen unklugen Menschen. Das erste und das zweite Heidelberger Manifest. Die Seltsamkeiten halten sich in Grenzen, in: Frankfurter Rundschau, 25.02.1982.

24 Stellungnahme von Bochumer Hochschullehrern zum Heidelberger Manifest, in: Frankfurter Rundschau, 04.03.1982.

25 Einwurf von Hugo Brandt, in: Deutscher Bundestag Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 83. Sitzung, 04.02.1982, S. 4947.

im pseudowissenschaftlichen Gewande²⁶, dessen „verhängnisvolle Gedankenverknüpfungen an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte“²⁷ erinnern.

Trotz der erheblichen Brisanz der Themen Ausländerfeindlichkeit, Zuwanderung und Immigration in den 1980er und 1990er Jahren blieb die Thematisierung des Manifests in der bundesdeutschen Presselandschaft spärlich. In der rechtsextremen Szene, die zu jener Zeit mit einer Vielzahl von ausländerfeindlichen Publikationen und Hetzschriften den Hass gegen Ausländer schürte, wurde das Heidelberger Manifest allerdings zu einem pseudo-wissenschaftlichen Aushängeschild in der Integrationsdebatte und fungierte in Argumentation, Form und vor allem Sprache als „qualitativer Einschnitt im ideologischen Kampf von Rechts“²⁸.

„MIT GROSSER SORGE...“: ZUR SPRACHE UND AUSDRUCKSWEISE DES HEIDELBERGER MANIFESTS

Man nimmt an, dass es keine Sprache des Rechtsextremismus gibt, er wird jedoch sichtbar in Form und „Gestalt von Texten und Textfolgen, in denen eine immer gleiche stereotype Ideologie [...] aufgefahren wird“²⁹. Rechtsextremismus bedient sich dabei der Rhetorik, der Symbolik und normaler Worte und setzt sie zu den bekannten sprachlichen Diskriminierungen, Argumentationen und „begriffliche Duftmarken“³⁰ zusammen, die ein umfassendes Begründungsgerüst formen, innerhalb dessen bestimmte Themen wie Migration erst „verarbeitet“³¹ werden. Diese sprachlichen Kennzeichen und Argumentationen aus dem Heidelberger Manifest sollen im Folgenden skiz-

26 Rede Innenminister Gerhart Baum, in: ebd., S. 4908.

27 Rede Rudolf Dreßler, in: ebd., S. 4947.

28 Elfferding, Wieland: Notiz zum Diskurs des „Heidelberger Manifest“, in: Argumente, Jg. 25 (1983) H. 1, S. 254-260, hier S. 255.

29 Jäger, Siegfried: Rassismus im Diskurs. Vortrag bei der Diskussionsveranstaltung von ver.di „Rassistische Sprache in den Medien und Alltag“ am 27.03.2004 in Berlin. Zur Frage nach der Existenz einer „Sprache des Rechtsextremismus“ siehe auch Schuppener, Georg: Die Sprache des Rechtsextremismus – Ein lange vernachlässigter Bereich der Forschung, in: ders. (Hg.): Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik, Leipzig 2010, S. 9-14, hier S. 10 f.

30 Buttlar, Horst v.: „Neue Rechte“ in Deutschland. Braune in Nadelstreifen, in: Spiegel Online, 10.10.2003, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,268954,00.html> [eingesehen am 24.11.2009].

31 Jung, Matthias: Die Sprache des Migrationsdiskurses – ein Überblick, in: ders./Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.): Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über Ausländer in den Medien, Politik und Alltag, Opladen 1997, S. 9-17, hier S. 10.

ziert, die Veränderungen im Vergleich zur zweiten Fassung des Manifests herausgearbeitet und im Hinblick auf ihren rassistischen Diskurs offen gelegt werden.

Auffallend am Heidelberger Manifest sind zunächst die entsprechend sorgsam ausgewählten sprachlichen Formulierungen, die auf den ersten Blick frappant distinktiert oder gar elitär erscheint.³² Bereits in der ersten Zeile des Manifests verweisen die Autoren selbst auf ihre hohe Stellung. Denn dass auch sie die angenommene Überfremdung „mit großer Sorge“ wahrnahmen, erinnert unweigerlich an die Enzyklika „Mit brennender Sorge“³³ des Papstes Pius XI aus dem Jahr 1937.³⁴ In dem kirchlichen Rundschreiben hatte sich der Pontifex „mit brennender Sorge und steigendem Befremden“ über die nach dem Reichskonkordat 1933 bedrohlicher gewordene Situation für die katholische Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus geäußert. Der Symboliken und Gleichnisse damit nicht genug, erschien die Unterzeichner-Fassung mit dem Titel „Das Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981“. Mit diesem bewusst gesetzten Fertigstellungsdatum am damaligen „Tag der deutschen Einheit“ knüpfte das Manifest an das Datum des DDR-Volksaufstands am 17. Juni 1953 an.³⁵

Das Rekurrenieren auf eine beruflich exklusive Stellung und den vorbildlichen und einflussreichen gesellschaftlichen Status als „Garantie für Richtigkeit“³⁶ schlug sich in überaus elaborierten, hypotaktischen Satzstrukturen

32 Zur zusätzlichen „historischen Komponente für die Definition der türkischen Bevölkerung als Ersatzobjekt für Aggression“ siehe Leuninger, Herbert: Kirche und Heidelberger Manifest, Referat am 4. Februar 1983 gehalten vor dem Katholischen Arbeitskreis für Fragen ausländischer Arbeitnehmer des Kommissariates der Deutschen Bischöfe, Bonn, online einsehbar unter: http://www.leuninger-herbert.de/herbert/archiv/kirche/83_Heidelberger_Manifest/Referat.htm [eingesehen am 25.11.2009].

33 Die ursprüngliche Fassung der Enzyklika des damaligen Münchner Erzbischofs Kardinal Faulhaber eröffnete mit den Worten: „Mit großer Sorge“; vgl. dazu Voderholzer, Rudolf: Der Papst erwies sich als mutiger Hirte. Zum 70. Jahrestag der Enzyklika „Mit brennender Sorge“, in: Die Tagespost, 17.03.2007.

34 Parallel dazu beginnt eine weitere Erklärung mit besagten Worten. In einem offenen Brief u.a. von Thomas Mann, Günter Grass und Theodor W. Adorno aus dem Jahr 1965 hieß es: „Mit großer Sorge beobachten wir die Entwicklung der Deutschen National-Zeitung und die von ihr verbreiteten antisemitischen und im Wesentlichen faschistischen Gedanken“; siehe Assheuer, Thomas/Sarkowicz, Hans: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1992, S. 31 sowie Brüdigam, Heinz: Der Schoß ist fruchtbar noch..., Frankfurt am Main 1965, S. 89.

35 Vgl. hier Gosser, Alfred: Grußwort, in: Staack/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 51.

36 Weiter heißt es in der Pressemeldung, die „achtbaren Titel verleihen dem Manifest ein salonfähiges und einflussreiches Äußeres“. Das Manifest ist nicht nur

nieder. Der erklärende Stil, von distinktierten Fachausdrücken und Bezügen auf geschichtliche Ereignisse und Fakten durchsetzt, sollte beim unvoreingenommenen Leser, der ohne entsprechendes Vorwissen die konstruierten Argumentationen und zum Teil juristischen Interpretationen kaum entschlüsseln konnte, Akzeptanz bewirken.

In dieser wissenschaftlichen Entrücktheit lag jedoch auch Kalkül, warfen die Autoren bei der Abfassung doch ihr ganzes Renommee als akademische Autoritäten in die Waagschale. Als die vermeintlich „letzten, angesehenen und respektierten Würdenträger der Gesellschaft“³⁷ beklagten sie als Professoren die fehlende Aufklärung der deutschen Bevölkerung etwa im Hinblick auf ein „hemmungsloses Wirtschaftswachstum“, in dessen Wissenslücke nun die Erkenntnisse eines wissenschaftlich begründeten, „unabhängigen Bundes“ schlagen sollten. Die Selbststilisierung der Autoren als kultivierte Sachverständige wird noch einmal in der Schlussfolgerung der „Öffentlichkeitsfassung“ besonders hervorgehoben: Als „Hochschullehrer, zu deren vornehmer Aufgabe und Pflicht es [...] gehört, Ausländern [...] eine zweckentsprechende und sinnvolle Ausbildung [...] zu ermöglichen, müssen wir aufgrund unserer beruflichen Legitimation auf den Ernst der Lage [...] hinweisen“. Die Autoren wollten also eine in ihren Augen berufsimmanente Pflicht des Hochschulprofessors wahrnehmen, die Gesellschaft wachrütteln, sie ihres utopischen „multikulturellen Gesellschaftsexperimenten“ entledigen und eine Diskussion über die „Folgen der Masseneinwanderung entfachen“.³⁸

Dieses Pflichtverständnis der Verfassergruppe wurde in der „Presse-Erklärung zum Heidelberger Manifest“ des „Mainzer Kreises“ noch weiter präzisiert. Dabei wollte der „Schutzbund des Deutschen Volkes“ die Autoren in einer Legitimationslinie mit den Hochschullehrern der „Göttinger Sieben“ sehen, jenen Universitätsgelehrten also, die sich 1837 in ähnlich aufopferungsvoller Weise für die Einhaltung der Verfassung eingesetzt hätten.³⁹

aufgrund der gebrauchten Sprache gefährlich, sondern ob seiner Publikation in Zeiten wirtschaftlicher Krisen sowie seiner wissenschaftlichen Bezugnahme auf das Grundgesetz; vgl. dazu Dreßler, Rudolf: Diese Saat darf nicht aufgehen. Anmerkungen zum "Heidelberger Manifest, in: Sozialdemokratischer Presse-dienst, Jg. 37, H. 1/1982, S. 1 f., hier S. 2.

37 Spiewak, Martin: Dr. Schwindel, in: Die Zeit, 27.08.2009.

38 Schwarz, Moritz: „Noch zwei Generationen Zeit“. Der Demographie-Experte Theodor Schmidt-Kaler über die Einwanderung, Helmut Schmidt und das „Heidelberger Manifest“, in: Junge Freiheit, 03.12.2004.

39 Die „Göttinger Sieben“ waren eine Gruppe von sieben Göttinger Professoren, die sich 1837 gegen die Aufhebung der Verfassung im Königreich Hannover stellten und in der Folge entlassen bzw. des Landes verwiesen wurden. Deren opponierende Erbe wird auch vom „Schutzbund für das deutsche Volk“ für die Autoren des Heidelberger Manifestes beansprucht; vgl. dazu Schutzbund für das deutsche

Während die „Unterzeichner-Fassung“ keine Angabe über die „vornehme wissenschaftliche Aufgabe, auf den Ernst der Lage hinzuweisen“, beinhaltet hatte, enthielt dies die „Öffentlichkeitsfassung“ und fügt neben vermeintlich zeitgemäßen Erklärungen die Anmerkung über die persönliche Motivation und Verpflichtung qua „beruflicher Legitimation“ bei. Gerade in der sprachlichen Gegenüberstellung der beiden Fassungen des Manifests wird deutlich, auf welche Punkte die Manifestanten ein besonderes Augenmerk legten, welche Argumente eine Korrektur überdauerten oder welche Passagen nach vielfältiger Kritik in der neuen Fassung revidiert oder sogar widerrufen wurden.

Im direkten Vergleich der Fassungen ist zunächst augenfällig, dass sich beide Versionen in Text- und Absatzlänge bis zum Gebrauch sprachlicher Formulierungen und Begrifflichkeiten im Wesentlichen entsprechen.⁴⁰ Eine Ausnahme bilden einige ausgetauschte Schlüsselwörter, deren Begriffsgehalt erheblich von denen der ursprünglich verwendeten Termini abweicht:⁴¹ „Bevölkerung“ stand nun anstatt „Volk“, das paternalistische „Gastarbeiter“ ersetzt den Begriff „Ausländer“, „Vorgang“ stand statt „Unterwanderung“, „Arbeitsgemeinschaft“ statt „Bund“, „lebende Gemeinschaft“ statt „Organismus“ und euphemistisch entschärft „Familienzusammenführung der Gastarbeiter“ statt „Rückkehr der Ausländer“. Auffallend an dieser sprachlichen Reorganisation ist die Vermeidung von Pejorativen wie etwa „Unterwanderung“ oder „Ausländer“. Dafür tauchte in der neuen Fassung nun der Ausdruck „Vorgang“ auf, der auf bürokratische Distanziertheit zum früher verwendeten, emotional aufgeladenen Begriff der „gesellschaftlichen Unterwanderung“ ging.

Trotz der Veränderung in der Begrifflichkeit lag selbst dem sachlicheren „besorgniserregenden Vorgang“ der zweiten Fassung nach wie vor die biologistisch-rassistische Idee zugrunde, nach der Kulturen und Völker voneinander abgeschottete und abzugrenzende Systeme seien, deren organisch-körperliche Vermischung oder die Einschleusung des Fremden eine Bedrohung für deren Existenzen darstellten.⁴² Überdies optierten die Manifestanten bei der Lösung zur Wahrung der „geistigen Identität“ für eine „chauvinistische und rassistische Separierung“⁴³ der Völker um deren eigene Erhal-

Volk: Bekenner, Heidelberg ohne Datum, abgedruckt in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 74 ff.

40 Vgl. dazu Burghart, Klaus et al.: „Heidelberger Manifest“ – Historisch-kritische Ausgabe, in: Kulturrevolution, Jg. 2 (1982) H. 2, S. 6-19.

41 Vgl. Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 143.

42 Vgl. Geiger, Andreas: „Ausländer raus!“ Rechtsradikale Organisationen machen gegen Ausländer mobil, in: Meinhardt (Hg.) 1984 (s. Anm. 5), S. 130-138, hier S. 133 f. Siehe dazu ferner die frühere Publikation mit einem ähnlichen Argumentationsstrang Seeger, Wolfgang: Ausländer-Integration ist Völkermord, Pöhl 1980, S. 3 f.

43 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 145 f.

tung willen. Das Schreckensbild dieser „biologisch-nationalen Existenzbedrohung“ knüpfte dabei an die naturkundlich-wissenschaftliche Analogie einer bedrohten Flora und Fauna an, in der die „bedrohte Spezies“⁴⁴ aufgrund ihrer edlen Seltenheit besonders erhaltens- und schützenswert sei.⁴⁵

In ihrem Bedrohungsszenario sahen die Autoren dieses Schutzbedürfnis infolge inhärenter Gegensätze zwischen der proklamierten eigenen, „national geprägten und homogenen Identität auf Grundlage des christlich-abendländischen Erbes“ und den für sie antagonistischen Dimensionen der „Völker, Kulturen oder Identitäten“⁴⁶ der Anderen. Den Verfassern zufolge seien diese Gegensätze nicht zu überbrücken. Die Unvereinbarkeit gehe sogar so weit, dass ein etwaiger Austausch oder eine Vermischung zur „Gefährdung des eigenen Volks, seiner Sprache, Kultur und Religion“ führe, mithin gar zu den „bekannten, ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften“⁴⁷. Erst mit der Konstruktion eines homogenen „deutschen Volkes“ im völkisch-propagandistischen Sinne einer „Volksgemeinschaft“⁴⁸ erfuhr das Gebot der „Volkserhaltung“ im Manifest inhaltliche Präzisierung. Im Appell für eine „Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie“ verbirgt sich der Aufruf an die Frauen nach steter Steigerung ihrer Gebärfreudigkeit,⁴⁹ eine der wesentlichen argumentativen Triebfedern für die Verfassung des Manifests.

Trotz der rassistischen Gedankenstrukturen verwahrten sich die Manifestanten gegen jegliche nationalsozialistischer Analogie, stehen sie ihrer Auffassung nach doch in einer wenig nationalsozialistischen Symbolreihe wie etwa dem DDR-Volksaufstand oder der päpstlichen Enzyklika. Die Autorengruppe sorgt sich zwar aufgrund der Bemerkung der „nichterhaltens-

44 Butterwegge, Christoph: Stirbt „das deutsche Volk“ aus? – Wie die politische Mitte im Demografie-Diskurs nach rechts rückt, in: ders. et al. (Hg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 167-214, hier S. 168.

45 Vgl. zum Diskurs der Angst auch Jäger, Margret/Jäger, Siegfried: Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin 1999, S. 71.

46 Schulte, Axel: Multikulturelle Gesellschaft: Zu Inhalt und Funktion eines vieldeutigen Begriffs, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Multikulturelle Gesellschaft: Der Weg zwischen Ausgrenzung und Vereinnahmung, Bonn 1992, S. 11-40, hier S. 16.

47 Dieser Ausdruck wurde im Zuge der Überarbeitung der „Öffentlichkeitsfassung“ durch den genannten Ausdruck der „Gefährdung des eigenen Volkes“ ersetzt; siehe hierzu Burghart et al. 1982 (s. Anm. 40), S. 7.

48 Vgl. zur Argumentation der Notwehr zum Schutze der „Volksgemeinschaft“ durch die „Heterogenisierung der Bevölkerung durch den Zuzug von Ausländern“ Jäger/Jäger 1999 (s. Anm. 45), S. 70 f.

49 Vgl. Elfferding 1983 (s. Anm. 28), S. 255 sowie Brauner-Orthen, Alice: Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen, Opladen 2001, S. 58 ff.

werten Völkern“ einem rassistischen Vorwurf ausgesetzt zu werden. Dennoch befürworteten sie das „Wagnis“ der Publikation, da der für notwendig erachtete Bruch der vermeintlichen politisch-sozialen Tabuisierung des Integrationsthemas stattfinden müsse. Der von Étienne Balibar geprägte Begriff des „Rassismus ohne Rassen“⁵⁰ beschreibt diese Rassismus-Vermeidungs-Strategie des Manifests sehr genau. Entsprechend dem sogenannten „differentialistischen Rassismus“ der „Neuen Rechten“, der eine Notwendigkeit der Erhaltung von Differenzen postuliert, wurden Völker im Manifest zwar nicht ihrem Wert nach taxiert oder hierarchisiert. Dennoch führe die „Völkervermischung“ zum „Verderben“ der eigenen Kultur. Das „Fremde“ wurde nicht über den Biologismus „Rasse“ definiert, sondern über dessen ethnopluralistische Substitution durch das Merkmal „Kultur“⁵¹. Da das Wort „Rasse“ nicht mehr verwendet wird, verbleibt es als inhaltliche „Leerstelle im Diskurs“⁵². Stattdessen wird im „Heidelberger Manifest“ der verpönte Begriff der Rasse einfach durch „Volk“ ersetzt, allerdings eingebettet in eine ebenso rassistische Argumentation. Indem aber dieser Begriff des „Volkes“ weiterhin rassistisch gebraucht wird, kann die „Besetzung der Leerstelle“⁵³ durch den Leser nur mit dem Begriff „Rasse“ möglich sein. Dieser modernisierte Rassismus, bei dem das Wort „Rasse“ von dem ideologisch frei definierbaren Konstrukt „Kulturvolk“ abgelöst wurde, geht auf das Ethnopluralismus-Konzept der Neuen Rechten um Henning Eichberg aus den 1970er Jahren zurück. Eichberg skizziert darin eine Vielfalt der „Rassen“, welche aufgrund ihrer kulturellen Verschiedenartigkeit infolge eines existenziellen Grundrechts zu bewahren sei.⁵⁴ Die „Vermischung“ von „Rassen“ oder Völkern sei daher abzulehnen. Obwohl der Rassenbegriff im Manifest also nicht gebraucht wurde, nutzte das Manifest dennoch genuin rassistische Argumente für die Begründung zur Erhaltung der Differenzen zwischen den Völkern.

50 Vgl. dazu den sogenannten „differentialistischen Rassismus“, der die „Schädlichkeit der Grenzverwischung“, die „Unvereinbarkeit der Lebenswelten“ sowie die Furcht vor dem Wegfall der Dominanz bzw. die Überlegenheit einzelner Rassen postuliert; Balibar, Étienne: *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg 1990 (2. Aufl.), S. 28 f.

51 Vgl. etwa Virchow, Fabian: *Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der Rechten*, Wiesbaden 2006, S. 32 f.

52 Elffertding 1983 (s. Anm. 28), S. 256.

53 Ebd.

54 Vgl. Eichberg, Henning: *Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft*, München/Wien 1978 sowie weiterführend Stöss, Richard: *Rechtsextreme Parteien in Westeuropa*, in: Niedermayer, Oskar/ders./Haas, Melanie (Hg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006, S. 521-564, hier S. 525.

Die abwehrende Argumentation, die an der rassistischen Fremd-Vertraut-Dichotomie ausgerichtet ist, setzte auf eine emotionale, oft bildhafte Sprache. Beginnend mit der Kulisse eines drohenden und zunehmenden „Sich-Fremd-Fühlens in Wohnbezirken und Arbeitsstätten“ verband das Manifest dabei alltägliche Erfahrungen und Stereotype mit dem zu begründenden Ausschluss von Ausländern. Wohlfahrtsstaatliche Verteilungsfragen wurden als eigentliche rassen- und gruppenbezogene Probleme dargestellt, die sodann ursächlich für wirtschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung seien.⁵⁵ Diese Assoziationen vermochten zu Beginn der 1980er Jahre in der Zeit des wirtschaftlichen Abschwungs infolge der zweiten Ölkrise eine ganz besondere Überzeugungskraft zu entwickeln.

Dem Manifest zufolge bewirke der Zuzug von Ausländern aber nicht nur biologischen bzw. organischen Schaden am „Volkkörper“, sondern Sorge auf für wirtschaftliche Einbußen. Die Autoren gehen aber noch weiter und sahen, dass neben der Wirtschaft auch die Ökologie der Bundesrepublik in Mitleidenschaft gezogen würde. So heißt es gegen Ende des Manifests, dass die „Familienzusammenführung der Gastarbeiter das überindustrialisierte und an Umweltzerstörung leidende Land entlasten“ werde. Die Erstfassung sprach auf diese Gefahr noch deutlicher an und bemerkte, dass „die Rückkehr der Ausländer für die BRD als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine ökologische Entlastung bringen werde“. Dieser Argumentationsstrang dürfte auf ein Memorandum des Manifestanten Prof. Werner Haverbeck zurückgehen, der als Präsident des „Weltbundes zum Schutze des Lebens“ unter dem Titel „Die Gastarbeiterfrage als ökologisches Problem“⁵⁶ bereits im Sommer 1981 diesen Begründungszusammenhang hergestellt hatte.⁵⁷

In der Verbindung von Ausländerfrage und Umweltzerstörung besteht auch eine argumentative Parallele zu früheren Äußerungen bzw. Programmformulierungen der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). So hieß es in

55 Siehe hier neben den Ausführungen des Heidelberger Manifestes nach „Abermilliarden für die Verteidigung des Landes“ auch die beiliegenden Anmerkungen in: „Mainzer Kreis“: „Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik“ als Ergänzung zum Heidelberger Manifest, ohne Ort, ohne Datum, abgedruckt in: Staack/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 65-69: „Trotz einer Zahl von 4,8 Millionen [...] Ausländern [...], trotz Folgekosten in dutzendfacher Milliardenhöhe, trotz eines sich gefährlich anhäufenden Konfliktpotentials [...]“. Dieser Argumente bedient sich die NPD noch in der Gegenwart; siehe etwa NPD: Nationale Antworten auf die Wirtschaftskrise – Deutsche Arbeit zuerst für Deutsche, in: NPD Medien, 28.04.2009, online einsehbar unter: http://medien.npd.de/dateiablage/fb_krise_arbeit.pdf [eingesehen am 20.11.2009].

56 Vgl. Haverbeck, Werner: Die Gastarbeiterfrage als ökologisches Problem, in: Nation Europa, Jg. 30 (1981) H. 7-8, zitiert nach Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 146.

57 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. S. 146.

einer „Stellungnahme der ÖDP zur Ausländerfrage“ von 1986: „Die Bundesrepublik gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde und kann aus diesem Grund mit Sicherheit kein Einwanderungsland sein. [...] Der positive Effekt einer Entlastung der Bevölkerungsdichte durch Verminderung der Geburten darf aber auch nicht durch Zuwanderung von außen wieder beseitigt werden.“⁵⁸ Die sprachliche Nähe zum Heidelberger Manifest vermag kaum zu überraschen, da zwei der Unterzeichner des Heidelberger Manifests, Prof. Werner Haverbeck und Prof. Joachim Illies, später als wissenschaftliche Berater im „Ökologischen Rat“ der Partei tätig waren.⁵⁹ Wenige Jahre nach der Veröffentlichung des Heidelberger Manifests im Januar 1982 waren das Manifest und dessen Argumente in einem Parteiprogramm und damit in der Mitte der Gesellschaft angelangt. Trotz der eher mäßigen Wahlerfolge der ÖDP hatte die Manifestantengruppe zu Beginn der 1980er Jahre nun neben dem Schutzbund einen weiteren öffentlichen Bezugspunkt zur Verbreitung ihrer Argumente gefunden.

Neben biologistisch-rassistischen Analogien und Verklärungen umfasste das Heidelberger Manifest auch eine juristische Dimension. In der Retrospektive focht der Wegbereiter der Öffentlichkeitsfassung, Prof. Schmidt-Kaler, selbst die erste sogenannte „Schröcke-Fassung“ als „sprachlich aufgeladenes Schriftstück“ an, welches „eher in der Sprache des Grundgesetzes“ verfasst gewesen sei.⁶⁰ Doch selbst in der zweiten Fassung, die von Prof. Schmidt-Kaler ausging, waren noch Interpretationen verfassungsrechtlicher Bestimmungen und daraus resultierende juristische Ableitungen enthalten. Die Verfasser sahen sich „beim letzten Versuch aus den Reihen etablierter Eliten, die Folgen der Einwanderung öffentlich zu diskutieren“⁶¹ „entschieden auf dem Boden des Grundgesetzes“ stehend, was ihre Argumentation auf mehreren Überlegungen zum Verfassungsrecht fußen ließ. Sie versuchen eine Ableitung der völkischen Lesart des Begriffs „deutsches Volk“ aus dem Grundgesetz zu begründen, einen Nachweis zur Verpflichtung einer „rassistischen Homogenität“ aus dem verfassungsrechtlichen Wiedervereinigungsgebot zu folgern sowie dem bundespräsidentiellen Amtseid eine „biologischen Erhaltungspflicht“ des „deutschen Volkes“ zu entnehmen.⁶² Mithilfe dieser juristischen Auseinandersetzung, die in der

58 Vgl. dazu Wüst, Jürgen: Konservatismus und Ökologiebewegung: eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Frankfurt am Main 1993, S. 130 f.

59 Zitiert nach ebd., S. 133.

60 Schwarz, Moritz: „Noch zwei Generationen Zeit“. Der Demographie-Experte Theodor Schmidt-Kaler über die Einwanderung, Helmut Schmidt und das „Heidelberger Manifest“, in: Junge Freiheit, 03.12.2004.

61 Ebd.

62 Die anfänglichen Flugblätter der „Unterzeichner-Fassung“ enthielten mit dem Titel „Grundgesetzlicher Grundwert – Deutsches Volk“ ursprünglich einen

Begründung des Manifests geführt wurde, betrieben die unterzeichnenden Professoren den Versuch, ihren autoritär-appellativen Charakter noch weiter zu verstärken.

In beiden Versionen argumentierten die Verfasser des Heidelberger Manifests auf mehreren thematischen Ebenen und eröffneten in ihrem Papier eine ökologische, eine ökonomische, eine wiedervereinigungsbezogene, eine familiär-pronatalistische, eine schein-rassistische bzw. völkische und eine nationalistische Dimension.⁶³ Dabei wurden Termini mit dem Ziel umgedeutet, scheinbar tabuisierte Begriffe und offensichtlich rassistische Begründungshaltungen zu vermeiden und deren Demaskierung zu verhindern.

PROFESSOREN ALS MANIFESTANTEN: HEIDELBERG ALS UNIVERSITÄRER MIKROKOSMOS?

Trotz der Heidelberger Herkunftsbezeichnung stammte weder bei der ersten noch bei der zweiten Fassung auch nur ein einziger der Unterzeichner aus der kurpfälzischen Residenzstadt oder hatte an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg einen Lehrauftrag inne. Ab Ende Januar 1982 fanden zwar die ersten Veranstaltungen des aus dem Manifest hervorgehenden „Schutzbundes für das Deutsche Volk“ im Heidelberger Parkhotel Haarlass statt, ein offen erkennbarer Bezug zu Beruf und Nimbus der fünfzehn Autoren zur Universitätsstadt Heidelberg war jedoch nicht gegeben.⁶⁴ Obwohl

weiteren Bezug auf die Verfassung, dessen Bedeutung – neben den erwähnten Ausführungen über das Grundgesetz – im Text nicht weiter konkretisiert wurde.

63 Vgl. Langanke, Heiko: Die extremen Rechten in der Bundesrepublik. Ideen, Ideologien, Interpretationen, Hamburg 1996, S. 74; Stefan Gaitanides erkennt in seinem Beitrag zu „Rechtspopulismus und ‚Neorassismus‘“ gar noch eine theologische Dimension, indem er das Zitat Solschenitzyns im Manifest, nach dem „jede Nation die einmalige Facette eines göttlichen Plans“ sei, als theologische Parallele zum „theologisch-metaphysischen Sprachgebrauch der ‚göttlichen Vorsehung‘“ des Nationalsozialismus deutet; vgl. Gaitanides, Stefan: Rechtspopulismus und ‚Neorassismus‘“, in: sozialmagazin, Jg. 19 (1994) H. 11, S. 1-7, hier S. 3. Einen Theologismus sieht außerdem Elfferding in der religiös begründeten Überzeugung der Manifestanten von Europa als „Ganzheit höherer Art“, die eine „christlich-theologische Hegemonievorstellung“ etwa gegen islamisch geprägte und damit nicht-europäische Staaten wie die Türkei zu etablieren sucht; vgl. Elfferding 1983 (s. Anm. 28), S. 260 sowie Virchow 2006 (s. Anm. 51), S. 168.

64 Die bislang einzig erkennbare Verbindung der Autorenschaft zur Stadt Heidelberg bestand mit der Biographie Helmut Schröckes, der Mitte der 1950er Jahre für mehrere Jahre Assistent am mineralogischen Institut in Heidelberg und dort auch Privatdozent gewesen war.

der Manifestant Helmut Schröcke zumindest als „spiritus rector“⁶⁵ der Formulierungen der ersten Fassung gilt, wurde die bereits erwähnte Vorsitzende der Heidelberger „Bürgerinitiative Kein Japan-Center“, Brigitte Finkeißen-Frank, von den unterzeichnenden Professoren als „treibende Kraft“ und Absenderin der Manifestzusendung benannt. Auch wenn Schröcke angibt, das Manifest sei nach dem Ursprungsort Heidelberg aufgrund seiner zentralen Lage in der Bundesrepublik benannt,⁶⁶ wird allgemein angenommen, dass dieser organisatorische Angelpunkt Finkeißen-Franks in Heidelberg sowohl Namensgebung des Manifests wie auch Ort der damaligen Schutzbund-Veranstaltungen bestimmt hatte.⁶⁷

Darüber hinaus scheint jedoch auch eine Berufung auf das wissenschaftlich-kulturelle Erbe Heidelbergs nachvollziehbar. Als „Stadt der Romantik“ sollte das „südliche Athen“ für eine Sehnsucht nach märchenhafter Beschaulichkeit und für die Wiederentdeckung einer gesamtdeutschen, national geprägten Identität stehen. Vor dem Hintergrund einer verbindenden germanischen Mythologie sahen die Romantiker zu Zeiten napoleonischer „Fremdherrschaft“⁶⁸ das gemeinsame Bindeglied eines deutschen Volks und Vaterlands als die Grundlage für die Erweckung eines deutschen freiheitlichen Nationalgefühls an.⁶⁹ Einer der bedeutendsten Dichterkreise dieser romantischen Bewegung war der sogenannte „Heidelberger Kreis“ um Clemens Brentano und Achim v. Arnim, den die Verfassergruppe mit der identischen Selbstbezeichnung des „Heidelberger Kreises“ zu instrumentalisieren versuchte.

Auch als Universitätsstadt besaß Heidelberg bereits zum damaligen Zeitpunkt eine hervorragende Reputation. Deutschlands älteste Universität aus dem 14. Jahrhundert galt mit ihren sechzehn Fakultäten national wie international als akademisches Aushängeschild, mitunter gar als „Juwel deutscher Gelehrsamkeit“⁷⁰. Man sprach von einem offenen „Heidelberger Geist“, der das „traumhafte Idyll und die beinahe irreal heile Welt der Zivi-

65 Siehe Kühnert, Hanno: Rassistische Klänge. Was sich deutsche Professoren bei der Unterschrift unter das Heidelberger Manifest dachten, in: Die Zeit 05.02.1982.

66 Siehe ebd.

67 Siehe o.V.: Von der „Bürgerinitiative Kein Japan-Center“ zum „Schutzbund für das deutsche Volk“ (SDV), in: Staack/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 72.

68 Solms, Wilhelm: Grimms Märchen, ein Werk der Romantik?, in: Bormann, Alexander v. (Hg.): Ungleichzeitigkeiten der Europäischen Romantik, Würzburg 2006, S. 249-266, hier S. 250.

69 Siehe Kronenberg, Volker: Patriotismus in Deutschland: Perspektiven für eine weltoffene Nation, Wiesbaden 2006, S. 116 ff.

70 O.V.: Brain power. The world's best universities think globally, in English, in: The Times, 04.11.2004.

lisation“ der Universitätsstadt beschrieb.⁷¹ Dabei erhob das von politischen Diskussionszirkeln geprägte akademische Heidelberg schon früh einen „Führungs- und Sinnstiftungsanspruch“⁷². So erklang es zum Beispiel 1922 aus Heidelberg: „Der deutsche Historiker darf sich heute nicht einfach auf die stille Forschertätigkeit zurückziehen, [...] sondern er steht wieder vor der ähnlichen Aufgabe wie der ‚politische Historiker‘ des vergangenen Jahrhunderts [...]. Es gilt also, bei der wissenschaftlichen Arbeit den dringenden Bedürfnissen des praktisch-politischen Lebens Rechnung zu tragen.“⁷³

Dieser erweiterten akademischen Definition aus Heidelberg, wonach Wissenschaft mehr als *l'art pour l'art* sei und gesellschaftlich wirken müsse,⁷⁴ glaubte auch die Manifestantengruppe angesichts der Gefahr des Aussterbens des deutschen Volkes verpflichtet zu sein. Die Autoren, die sich bereits verschiedenste Meriten erworben hatten,⁷⁵ entstammten einer Vielzahl von universitären Fachrichtungen; angefangen von den Agrarwissenschaften oder Kunstgeschichte bis zu Fächern wie Mineralogie, Ökonomie oder Zoologie. Und die zum Teil bereits emeritierten oder kurz vor der Emeritierung stehenden Professoren hatten dabei an zahlreichen Standorten gelehrt oder lehrten noch, etwa in Mainz, Karlsruhe, Frankfurt oder München – nur eben nicht in Heidelberg.

Während sich das Gros der Autoren der „Unterzeichner-Fassung“ auch hinter die spätere Version stellte, demonstrierte die öffentliche Distanzierung⁷⁶ sowohl des späteren „Mainzer Kreises“ als auch einiger früherer Unterzeichner die brüchige Allianzqualität des Autorenkreises.⁷⁷ Bei der zwei-

71 Vgl. dazu Jansen, Christian: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 99), Göttingen 1992, S. 31.

72 Ebd., S. 34.

73 Windelband, Wolfgang: Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit (1494-1919), Stuttgart 1922, S. 1, zitiert nach Jansen 1992 (s. Anm. 71), S. 49 f.

74 Siehe Jansen 1992 (s. Anm. 71), S. 57.

75 Neben ihrer Rolle als statushohe Informationsquellen qua akademischer Fachelite hatten einige Professoren wie etwa Schmidt-Kaler eine öffentliche Expertenrolle bei der Beratung von Regierungen inne; vgl. Schwarz, Moritz: „Noch zwei Generationen Zeit“. Der Demographie-Experte Theodor Schmidt-Kaler über die Einwanderung, Helmut Schmidt und das „Heidelberger Manifest“, in: Junge Freiheit, 03.12.2004.

76 Professor Dr. Manfred Bambeck berief sich im März 1982 auf einen Irrtum und untersagte nach „Erkennung des wirklichen Sachverhalts“ den „weiteren Missbrauch seines Namens“ im Zusammenhang mit dem Manifest; zitiert nach Staack/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 69.

77 Einige der Unterzeichner fühlten sich laut Presseangaben instrumentalisiert, etwa Bundesminister a.D. Oberländer, Prof. Manns und Prof. Schürmann; vgl. dazu Tomkowiak 1996 (s. Anm. 9), S. 190. Des Weiteren gibt es Hinweise auf eine

ten Fassung gehörten die Professoren Götz, Oberländer, Riedl, Schade und auch der Initiator des Manifests Schröcke, nicht mehr dem Kreis der Unterzeichner an, was in der Presseerklärung des Verfasserkreises mit der „Behebung von Missverständnissen“ angesichts des „Einschleusens rechtsradikaler Kräfte“ begründet wurde. Ob die Veröffentlichung des Manifests infolge einer Indiskretion aus der Gruppe selbst erfolgte, scheint aufgrund des Zerwürfnisses bzw. der Abspaltung einiger Autoren der Erstfassung zumindest nicht ausgeschlossen. Obwohl die einzelnen Autoren den unterschiedlichsten Prägungserfahrungen unterworfen waren, weist zumindest der prominentere Teil der Manifestantenschaft biographische Gemeinsamkeiten auf, die bereits ihren Anfang im Dritten Reich nehmen.

Der in der zweiten Fassung nicht mehr beteiligte Bundesminister a.D., Theodor Oberländer nahm bereits 1923 am Hitlerputsch in München teil. Er wurde bereits im Mai 1933 NSDAP-Mitglied und im Fortlauf Mitglied des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ sowie SA-Obersturmbannführer. Ebenfalls in Diensten der SA standen die späteren Geschichtswissenschaftler Georg Stadtmüller und Werner Haverbeck. Haverbeck war überdies auch Mitglied der Reichsleitung des NSDAP-Studentenbundes und ab 1933 als Leiter des „Reichsbundes für Volkstum und Heimat“.

Während die Prägephase einiger Manifest-Autoren bereits vor der Zäsur des Zweiten Weltkriegs einsetzte, scheint bei einigen zuvor politisch eher passiven Professoren⁷⁸ die Unterzeichnung des Heidelberger Manifests selbst eine Initialzündung für die öffentliche Zuwendung zum rechtsextremen Spektrum gewesen zu sein. Helmut Schröcke, der als einer der Mitbegründer des „Schutzbundes für das deutsche Volk“ gilt, trat ab den 1980er Jahren wesentlich häufiger öffentlich in Erscheinung.⁷⁹ Er fungierte als Presseverantwortlicher beim „Appell der 100“⁸⁰ und unterzeichnete noch 1998 den „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfrem-

größere Anzahl von Unterzeichnern, zu denen neben „Hundert Bürgern“ auch insgesamt „bis zu 20 Professoren“ zählen sollen; siehe hierzu o.V.: „Grundgesetzlicher Grundwert – ‚Deutsches Volk‘. Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981“, ohne Ort u. Datum, online einsehbar unter: <http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/Heidelberger%20Kreis.htm> [eingesehen am 27.11.2009].

78 Vgl. Langanke 1996 (s. Anm. 63), S. 74.

79 Obwohl Professor für Mineralogie, beschäftigte sich Schröcke zunehmend mit historischen Themen wie etwa der Frage „Kriegsursachen – Kriegsschuld des II. Weltkriegs“; vgl. Thureau, Martin: Personalprobleme der schwierigsten Art, in: Süddeutsche Zeitung, 05.03.1999.

80 Der geschichtsrevisionistische „Apell der 100“ wendete sich unter Berufung auf die UN-Menschenrechts-Charta gegen die strafrechtliche Verfolgung der Holocaust-Leugnung und trat stattdessen für eine schrankenlose freie Meinungsäußerung bei „begründeten Äußerungen zu bestimmten Fragen der Zeitgeschichte“ ein; vgl. dazu Bierl, Peter: Am Metkessel, in: die tageszeitung, 15.06.1996.

dung“⁸¹. Als Mitglied des bayerischen Landesvorstands des rechtsextremen „Witikobundes“⁸² unterzeichnete er überdies zusammen mit dem Astronomieprofessor und Heidelberger Manifestanten Theodor Schmidt-Kaler die sogenannte „Eisenacher Resolution“, die Einwanderung als „Landnahme“ und Ursache für künftige Bürgerkriege betrachtete.⁸³

Schmidt-Kaler war bereits zuvor als Bevölkerungswissenschaftler tief in den politisch-konventionellen Strukturen verhaftet gewesen, indem er den Bundesregierungen Schmidt und Kohl als Experte in demographischen und rentenpolitischen Fragen beratend zur Seite stand.⁸⁴ Noch in den 1980er Jahren tat er sich jedoch zunehmend als rechtsextremer Publizist hervor und forderte angesichts der „Geburtenkrise infolge eines [vermeintlich] selbst verordneten demographischen Absterbens“⁸⁵ [des „deutschen Volkes“] Maßnahmen zu seiner Erhaltung. Dass er noch immer mit dem „Schutzbundes für das deutsche Volk“ in Verbindung steht, zeigt der Vortrag des ehemaligen CDU-Vorsitzenden von Witten zum Thema „Deutsches Volk - woher? - wohin?“ zum 25-jährigen Bestehen des Bundes im Sommer 2006. Der bereits angesprochene unterzeichnende Historiker Werner Haverbeck fiel ebenfalls vermehrt mit Publikationen in den späten 1980er Jahren auf, in denen er einen dezidiert ökologisch-protektionistischen Ansatz einer völkisch-kulturellen Identität vertrat, die in seiner verfassungsfeindlichen und inzwischen verbotenen Organisation „Collegium Humanum“ institutionalisi-

81 Der in großer Auflage erschienene Aufruf übernahm eine dem „Heidelberger Manifest“ ähnliche Argumentation und sprach von einem durch Bundesregierung und deutsche Behörden verursachten „Völkermord“; vgl. Krug, Alexander: Was rechts ist, muss rechts bleiben. Hetzschriften, Pamphlete, Manifeste: Die Thesen des Helmut Schröcke, in: Süddeutsche Zeitung, 05.05.1999.

82 Zu diesem vgl. Dietzsch, Martin: Kader gegen die Fünfundvierziger. Die völkische Gesinnungsgemeinschaft Witikobund, in: Kellershohn, Helmut (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994, S. 133-143, hier S. 138.

83 Siehe hierfür Maegerle, Anton/Hörsch, Daniel: „Der Kampf um die Köpfe“ hat begonnen. Vordenker, Strategen und Wegbereiter rechter Netzwerke, in: Brun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr, Wiesbaden 2004, S. 113-124, hier S. 119.

84 Siehe Burgkart 1984, S. 140 (s. Anm. 5). Zum Demographie-Diskurs im Rechtsextremismus bzw. der Demographieforschung siehe Butterwegge 2002 (s. Anm. 44).

85 Schmidt-Kaler, Theodor: Bevölkerungsfragen auf der Tagesordnung der Zukunft, in: Heck, Bruno (Hg.): Sterben wir aus? Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Basel/Freiburg/Wien 1988, S. 11-47, hier S. 33 ff.

siert wurde.⁸⁶ Und auch Helmut Schröcke publizierte weiter unter Inanspruchnahme der „Vorurteilslosigkeit des Naturwissenschaftlers“ und dem „neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis“ etwa zu den Themen „Kriegsursachen und Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges“.⁸⁷

Das Heidelberger Manifest besaß insofern einen rechtsextremistisches Integrationsmoment, als dass insbesondere durch den gegründeten „Schutzbund für das deutsche Volk“ und mittels anschließender Publikationen in rechtsextremen Verlagen Kontakte geknüpft und Strukturen vernetzt werden konnten. Überdies schufen einige Autoren mithilfe ihres publizistischen Bekanntheitsgrades durch die Ansprache des Heidelberger Manifests und ihrem Wirken in entsprechenden Institutionen ein so umfassendes Wirkungsgeflecht im rechtsextremen Spektrum, das allein in ihren Positionen als Universitätsprofessoren nicht denkbar gewesen wäre.

UNIVERSITÄT UND ÖFFENTLICHKEIT: ZIVILGESELLSCHAFTLICHE WÜRDIGUNG DES HEIDELBERGER MANIFESTS

Das Heidelberger Manifest erreichte die breite Öffentlichkeit nur langsam. Nachdem rechtsextreme Zeitschriften vereinzelt die „Unterzeichnerfassung“ publiziert hatten und im darauf folgenden Jahr die Aufmerksamkeit von Tagespresse und Politik für das Manifest anstieg, wuchs jedoch das Reaktions- und Protestbedürfnis, deren unmittelbarer Ausgangspunkt die Universitäten selbst waren, an denen das Heidelberger Manifest seinen Ursprung fand.

Noch im Januar 1982 erschien ein offener Brief des Präsidenten der Universität Mainz, der sich, besorgt über die unter das Manifest gesetzten Unterschriften einiger Mainzer Professoren, gegen die Interpretation von „Ausländern als Umweltbelastung“ wandte und die „fatalen Assoziationen an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte“ kritisierte.⁸⁸ Weitere Protestnoten schlossen sich dieser Darstellung an, wie etwa der Widerspruch von rund vierzig hauptsächlich Frankfurter Professoren, welche sich zusammen mit Jürgen Habermas und Wolfgang Abendroth verstärkt inhaltlich mit dem Heidelberger Manifest auseinandersetzten. In Replik auf das Manifest sahen sich die Unterzeichner veranlasst, zu verdeutlichen, dass der „völkisch-

86 Vgl. Jahn, Thomas/Wehling, Peter: Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den „Republikanern“, Frankfurt am Main/New York 1991, S. 33 ff.

87 Schröcke, Helmut: Kriegsursachen und Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges, Viöl 2000.

88 Harder, Manfred: Brief des Präsidenten der Johannes Gutenberg-Universität Mainz an die „Mainzer Allgemeine Zeitung“, in: Staack/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 87 f.

deutsche Grundton des Manifests nicht repräsentativ für die wissenschaftliche und menschliche Haltung deutscher Professoren“ sei. Vielmehr wehrten sie sich gegen eine mögliche Infragestellung „menschlicher und wissenschaftlicher Integrität“ deutscher Professoren, indem sie die „völkisch-nationale Argumentation“ vehement zurückwiesen.⁸⁹

Wesentlich mehr öffentliche Resonanz erzeugte aber das sogenannte „Manifest zur Völkerverständigung“⁹⁰ von rund 24 Bochumer Professoren. In ihrer Schrift gaben die Gegenmanifestanten an, es habe ihnen aufgrund der „widerwärtigen Mischung aus dem Wörterbuch des Unmenschen und Bürokratenjargon die Sprache verschlagen“ und forderten die Bevölkerung nicht nur zur Distanzierung vom Heidelberger Manifest auf, sondern auch die Auflösung aller gegründeten Bünde. Außerdem erklärten die Bochumer Professoren ihrerseits die Bereitschaft zur Gründung eines „Arbeitskreises zur Lösung der Integrationsprobleme und gegen den rassistischen Mißbrauch der Wissenschaft“⁹¹, in dem Bochumer Fachwissenschaftler Expertisen zu integrationspolitischen Fragen abgeben sollten.

Es folgten weitere Stellungnahmen und Protestdemonstrationen, wie beispielsweise die von mehreren Hunderten Heidelbergern unterstützte „Aktion für mehr Demokratie“. Ebenso ist der öffentliche Eklat hervorzuheben, der durch die Ohrfeige für Schmidt-Kaler durch eine Zuschauerin im Publikum während einer Fernsehdiskussion der Sendung „Schlag auf Schlag“ im Bayerischen Rundfunk verursacht wurde. Im Anschluss bezeichnete ihn die Zuschauerin als „geistigen Ziehvater ausländerfeindlicher Übergriffe“.⁹² Zunehmend reagierten im Jahresverlauf auch zivilgesellschaftliche Institutionen wie Kirche und Gewerkschaften. Der Rat der Evangelischen Kirche etwa lehnte das Heidelberger Manifest und „die ihm zugrunde liegenden Tendenzen“⁹³ rundherum ab. Bereits zuvor hatten die katholische und die evangelische Kirche sowie der Bundesvorstand des DGB zusammen ein Faltblatt veröffentlicht, welches sich inhaltlich mit den Aussagen des Heidelberger Manifests auseinandersetzte und diese zurückwies.⁹⁴ Gleichwohl rief das Heidelberger Manifest zu Beginn der 1980er Jahre aber auch Ak-

89 Siehe die Schrift der unterzeichnenden Professoren in: ebd., S. 84 ff.

90 Siehe den Abdruck der Stellungnahme von Bochumer Hochschullehrern zum Heidelberger Manifest in: ebd., S. 81 ff.

91 Ebd., S. 82 f.

92 Vgl. o.V.: Pressemitteilung 1. April 1982, in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 8 ff. sowie Friedrich, Barbara: Warum ich Schmidt-Kaler eine Ohrfeige verpaßte, in: Meinhardt (Hg.) 1984 (s. Anm. 5), S. 164-167, hier S. 165.

93 Leuninger, Herbert: Kirche und Heidelberger Manifest, Referat am 4. Februar 1983 gehalten vor dem Katholischen Arbeitskreis für Fragen ausländischer Arbeitnehmer des Kommissariates der Deutschen Bischöfe, Bonn, online einsehbar unter: http://www.leuninger-herbert.de/herbert/archiv/kirche/83_Heidelberger_Manifest/Referat.htm [eingesehen am 25.11.2009].

94 Vgl. ebd.

zeptanz, oft gar Wohlwollen hervorrief, da seinerzeit vielfach Ausländer als Schuldtragende für die negative wirtschaftliche Entwicklung ausgemacht wurden. Dazu gehörten Stellungnahmen von Parteien und Organisationen wie der ÖDP, verharmlosende Würdigungen in Zeitungsartikeln aber auch ausländerfeindliche Äußerungen in der Asylmissbrauchsdebatte, die auch im Deutschen Bundestag getätigt wurden.⁹⁵

DIE FÄHIGKEIT ZUR EINFLUSSNAHME: DIE SPHÄRE DER POLITIK UND DAS HEIDELBERGER MANIFEST

„Der Geist des Heidelberger Manifests weht durch die Bundestagsdebatten“.⁹⁶ Zu dieser erschreckenden Einschätzung gelangte der Ausländerbeauftragte des bischöflichen Ordinariats Limburg im Februar 1982, wenige Tage nach der Vorstellung der „Öffentlichkeits-Fassung“. Er bezog sich nicht zuletzt auf den Briefwechsel des Bundestagspräsidenten Richard Stücklen (CDU) mit der damaligen Vorsitzenden des „Schutzbundes für das Deutsche Volk“, Brigitte Finkeißen-Frank. Stücklen sprach dabei von Deutschland als einem „von Türken besetzten Staat“ und äußerte Zustimmung über die ethische Definition des „Deutschen Volks“ als Verfassungsbegriff.⁹⁷ Laut Stücklen sei „eine das deutsche Volk in seinem traditionellen Bestand überfremdende [sic!] Einwanderungspolitik nicht zu rechtfertigen“.⁹⁸

Dabei fiel das Heidelberger Manifest generell in die Zeit der brisanten politischen Debatten um einen Anwerbestopp bzw. eine „Rückkehrförderung“ der 1970er und 1980er Jahre. Ab Mitte der 1970er Jahre wurde die explizite Anwerbung von Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten beendet, vielmehr sollte die „Rückkehrbereitschaft“ der Arbeitsmigranten und ihrer nun nachziehenden Familien erhöht werden, um die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer zu verringern. Schnell wurde jedoch das Scheitern dieses Vorhabens deutlich, da sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik durch eine anhaltende Zuwanderung von Flüchtlingen und vermehrtem Familiennachzug erhöhte. Die Debatte um Asylpolitik und Arbeitsmigration vermengten sich dabei vor einem generell „wachsenden

95 Vgl. Brauner-Orthen 2001 (s. Anm. 49), S. 55 ff. sowie Hunn, Karin: „Nächstes Jahr kehren wir zurück...“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 492 ff.

96 Zitiert nach Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 152. Entsprechendes führt auch der damalige Bundesinnenminister Gerhard Baum an, der dem Abgeordneten Alfred Dregger eine Ähnlichkeit in der Argumentation mit den Heidelberger Manifestanten nachsagt; siehe Deutscher Bundestag Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 83. Sitzung, 04.02.1982, S. 4909.

97 Zitiert nach o.V.: „Unverzichtbarer Zentralwert“, in: Der Spiegel, 13.09.1982.

98 Zitiert nach Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 151.

akademischen und rassistischen Hintergrund in Europa“⁹⁹ zunehmend zu einem ideologisierten und politisierten Überthema, das von zahlreichen Gruppierungen und Parteien debattiert und teilweise stark polemisiert wurde.

Insofern ist es nachvollziehbar, dass zahlreiche Schlussfolgerungen des Manifests ihren Ursprung in bereits erschienenen Publikationen sowie veröffentlichtem Pressematerial hatten.¹⁰⁰ Weitere namhafte Personen aus der Sphäre der Politik und nichtstaatlicher Institutionen stimmten überdies der Logik einer kulturell begründeten Unmöglichkeit der Integration zu. Die Wassermetapher des DRK-Generalsekretärs, in der eine „Überschwemmung durch ethnisch fremde Ausländer“ die „deutsche Nation“ in ihrer „Regenerationsrate“ überlaste und das Versinken in einem „Völkerbrei“ bewirke,¹⁰¹ knüpfte dabei inhaltlich direkt am Heidelberger Manifest an. Dabei waren auch politische Alltagsäußerungen und Stellungnahmen sprachlich bedenklich, da sie mancherorts apodiktisch die Ableitung des im Manifest geforderten „Vermischungsverbots“ aus dem Grundgesetz zu rechtfertigen und zu protegieren suchten.¹⁰² Und während sich zunehmend Politiker wie der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth gegen einen „ungehemmten Familiennachzug“ aussprachen, erwiderte selbst Helmut Schmidt, es sei „ein Fehler gewesen, so viele Ausländer ins Land gelassen zu haben“.¹⁰³ Obwohl sich die letztgenannte im Grunde selbstkritische Aussage vor allem auf die eigene mangelhafte Wirtschafts- und Integrationspolitik bezog, belegt sie doch den der weiteren Migration kritisch gegenüberstehenden Zeitgeist der beginnenden 1980er Jahre in der Bundesrepublik.

Die Vorschläge zur Integrationspolitik, die über beinahe alle Parteigrenzen hinweg anerkannt waren, fanden sich auch in der ersten Regierungserklärung Helmut Kohls vom 13. Oktober 1982 wieder. Sie folgten dabei drei Grundüberlegungen: Integration bereits eingereister Ausländer, Begrenzung weiterer Immigration etwa durch Beschränkung des Familiennachzugs so-

99 Heidenreich 1982 (s. Anm. 10), S. 94. Einige sprachen auch von einem „Indiz für sich anbahnende Bewusstseinsveränderungen in der bundesrepublikanischen Bevölkerung“; Schoeps, Julius H.: Der braune Ungeist feiert wieder fröhliche Urständ, in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 90 f., hier S. 91 bzw. empirisch bei o.V.: Ausländerfeindlichkeit: Exodus erwünscht, in: Der Spiegel, 03.05.1982.

100 Vgl. die Übersicht von Burghart et al. 1982 (s. Anm. 40), S. 6-9.

101 Siehe Hunn 2005 (s. Anm. 95), S. 496. Zur Wassermetapher im Einwanderungsdiskurs siehe u.a. die Studie von Böke, Karin: Die „Invasion“ aus den „Armenhäusern Europas“. Metaphern im Einwanderungsdiskurs, in: Jung/Wengeler/dies. (Hg.) 1997 (s. Anm. 31), S. 164-193, hier S. 175 ff.

102 Vgl. Hunn 2005 (s. Anm. 95), S. 497 f.

103 Zitiert nach o.V.: Ausländer: Schmerzhaftes Grenze gezogen, in: Der Spiegel, 07.12.1981.

wie „Rückkehrerleichterungen“ zur Verringerung der Einwandererzahlen.¹⁰⁴ Während Kirchen und Gewerkschaften diesen Plänen eher skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, forderte die vom neuen Bundeskanzler Kohl eingerichtete „Kommission Ausländerpolitik“ von Bund und Ländern, die „sozialen und wirtschaftlichen Belastungen durch zu viele Ausländer“ weiter zu reduzieren,¹⁰⁵ indem elementare Grundrechte beschnitten oder an bestimmte Integrationsleistungen wie etwa Sprachkenntnisse und Gesetzes-treue geknüpft werden sollten. In der Folge kam es 1983 nach ohnehin bereits restriktiven Ausländererlassen der Länder mit der Schaffung finanzieller Emigrationsanreize zu einem wenig erfolgreichen Rückkehrhilfegesetz.¹⁰⁶ Der Grundtenor dieser Maßnahmen der Ausländerpolitik jener Zeit schien manchen Beobachtern im gleichen diskriminierenden Maße geformt zu sein, der auch dem Heidelberger Manifest zugrunde lag.¹⁰⁷ Auch wenn den politischen Entscheidungsträgern keine geistige Verwandtschaft mit den Absichten der Manifestanten zu unterstellen ist, so erstaunen doch die ähnlichen Argumente in der Debatte.

Trotz der bereits getroffenen verschärfenden Maßnahmen spitze sich Integrationsdebatte weiter zu, ging es nunmehr um grundsätzlichere Fragen der Realisierbarkeit einer multikulturellen Gesellschaft, inwiefern Deutschland ein Einwanderungsland darstelle oder in welchem Ausmaß es von Ausländerkriminalität und „Asylmissbrauch“ bedroht sei. Dabei stellten in den 1980er Jahren einige Politiker die multikulturelle Gesellschaft grundsätzlich in Frage, so etwa Edmund Stoiber mit dem Schreckensbild einer „multinationalen, durchmischten und durchrassten Gesellschaft“¹⁰⁸. Einige machten sich obendrein offen Aussagen aus dem Heidelberger Manifest zu eigen: Aus seiner „verfassungsrechtlich-historischen Verantwortung“¹⁰⁹, seiner Geschichte und seinem Selbstverständnis heraus könne sich der westdeutsche Staat nicht zum „Vielvölkerstaat“ wandeln – so etwa der Abgeordnete Carl-Dieter Spranger (CSU).

Auch die Einstellungen in der Bevölkerung verhärteten, ja radikalisierten sich zunehmend: 1978 votierten 39 Prozent der Deutschen für eine Rückkehr der „Gastarbeiter“ in ihre Heimatländer, im März 1982 stimmten

104 So Helmut Kohl bei seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982. Dass die vorgestellte tridimensionale Migrationspolitik bereits wesentlich früher ansetzte, zeigt Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 244-249.

105 Zitiert nach Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 159.

106 Vgl. dazu Herbert 2001 (s. Anm. 104), S. 255.

107 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 154 f.

108 Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin: Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945, Wiesbaden 2000, S. 171.

109 Herbert 2001 (s. Anm. 104), S. 248.

bereits 68 Prozent und 1983 gar achtzig Prozent dafür. Auch beim „Asylkompromiss“ zu Beginn der 1990er Jahre, der einen Anspruchswegfall beim Zuzug durch sichere Drittstaaten vorsah, konnten sich die Gesetzgeber auf ein breites Votum der Bevölkerung stützen: 74 Prozent plädierten für eine Einschränkung des bis dato schrankenlosen Grundrechts auf Asyl.¹¹⁰

Die verschiedensten Parteien, Strömungen und Initiativen suchten diese Stimmungsmehrheiten aufzugreifen begannen und eine „Kampagne der Überfremdung“¹¹¹ zu initiieren. Allein in den 1980er Jahren gelang rechts-extremen Vereinigungen in mehreren Bundesländern die erfolgreiche Teilnahme an Kommunalwahlen, so der „Bürgerinitiativen Ausländerstopp“ oder der „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“. Auch die NPD und die Republikaner waren in der Umsetzung der xenophoben Grundstimmung in Wahlerfolge durchaus erfolgreich.¹¹² Die Argumentationslinie hielt sich dabei an die Diktion des Heidelberger Manifests, das von der „Integrationsunfähigkeit kulturell Andersartiger“ und der „Bedrohung der gesellschaftlichen Homogenität“ ausging.¹¹³ Obwohl Ideen und Argumentation des Heidelberger Manifests nicht erstmalig geäußert wurden, sie mitunter bereits in der rechten Szene seit Beginn der 1970er Jahre kursierten, gelangten die Aussagen gerade in den frühen 1980er Jahren inmitten einer radikalisierten Grundstimmung zu großer Popularität. Noch immer zeigen jedoch aktuelle Rechtsextremismusstudien die Empfänglichkeit für derartige Positionen und das weiterhin ausgeprägte und zudem stabile Vorhandensein rechtsextremer Einstellungen von knapp 10 Prozent in der deutschen Gesellschaft.¹¹⁴

DAS MANIFEST: „UNWORTE BEREITEN UNTATEN DEN BODEN.“

Aus dem „Heidelberger-“, bzw. späteren „Mainzer Kreis“ entstanden insgesamt vier Texte: Das Heidelberger Manifest in der „Unterzeichner“- und der „Öffentlichkeitsfassung“, die „Presse-Erklärung zum Heidelberger Manifest“ sowie die „Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik als Er-

110 Vgl. o.V.: Talfahrt der SPD zu Ende?, in: Der Spiegel, 17.02.1992.

111 Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000, S. 45.

112 So erlangte die neu gegründete DVU 1987 in der Bremer Bürgerschaft auf Anhieb sechs Mandate, die Republikaner erreichten mit 7,1 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der Europawahl 1989 ihr bislang höchstes Wahlergebnis.

113 Vgl. dazu Funke, Hajo: Schoenbohms Haltung „atmet den Ungeist der Aggression“, in: die tageszeitung, 06.06.1997.

114 Siehe Decker, Oliver et al.: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006, S. 58 ff.

gänzung zum Heidelberger Manifest“.¹¹⁵ Alle vier Schriften zeichneten das Bild eines kulturell-antagonistischen Fremd-Eigen-Verständnisses und versuchen mithilfe der Textkonstruktionen von kollektiven Opferidentitäten die „verantwortlichen Übeltäter“ für die Heterogenisierung bzw. das Aussterben des „deutschen Volks“ zu identifizieren und wegen ihrer per se „inkompatiblen Kulturdiversität“ zu diskriminieren. Der als Natur- und Umweltschutz ökologisch verbrämte „Rassismus ohne Rassen“ wurde von den Autoren genutzt, die Unmöglichkeit der Integration wissenschaftlich zu beweisen und juristisch zu untermauern. Dabei traten alte Sprachstrukturen und Denkmuster zutage, die in ihrer biologistisch-rassistischen Metaphorik bereits in der Zeit des Nationalsozialismus vor der „Zersetzung des Volkskörpers“¹¹⁶, dem Verlust der „Weltgeltung des Landes“¹¹⁷ oder dem „aussterbenden Volk“¹¹⁸ gewarnt hatten. Im Unterschied dazu erfolgte die Argumentationslinie zwar entlang völkischer Biologismen, ein offener Rassismus wurde dagegen aber ebenso vermieden wie allzu leicht erkennbare dumpfe Angriffe gegen „niedere Völker“. Stattdessen sahen sich die Autoren frei von jeglicher Fremdenfeindlichkeit, gleich mehrmals betonten sie ihre hohen Ziele und ihre lauterer Absichten, deren Ursprung aus Grundgesetz, akademischer Reputation und Fähigkeiten sowie menschlicher Sorge um das ganze „deutsche Volk“ erwachse.

Das Heidelberger Manifest war jedoch bei allem Rekurren auf völkisch-ökologische und rassistisch-biologistische Ideale des Nationalsozialismus sowie teilweiser nationalsozialistischer Prägung seiner geistigen Väter nicht einfach eine Wiederholung neonazistischer Parolen durch vermeintlich unbedeutende Wissenschaftler, sondern ging in einer bislang nicht dagewesenen Form von einer Gruppe renommierter akademischer Koryphäen aus. Das Ziel der Veröffentlichungen lag in der Verbreitung der rassistisch gefärbten Inhalte in der gesellschaftlichen Mitte, sowie in der Verankerung der Argumentation in akademischen Zentren der Gesellschaft und bei politischen Entscheidungsträgern. Als akademisches Erklärungsmodell für sozioökonomische Problemfelder wie Arbeitslosigkeit, Integrationsprobleme und Umweltverschmutzung war das Manifest der Versuch mittels Codewörtern die „Koordinaten von der Mitte nach Rechtsaußen zu ver-

115 Sämtliche Texte können eingesehen werden in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 59 ff.

116 Bork, Siegfried: Mißbrauch der Sprache. Tendenzen nationalsozialistischer Sprachregelung, Bern 1970, S. 72.

117 Siehe Butterwegge, Christoph: Biologisierung und Ethnisierung des Sozialen im Demographiediskurs der Bundesrepublik, in: Brunner, José (Hg.): Demographie - Demokratie - Geschichte. Deutschland und Israel (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXV), Göttingen 2007, S. 330-350, hier S. 332 f.

118 Ebd.

schieben“¹¹⁹ um damit die Meinungsführerschaft in der bundesdeutschen Migrationsdebatte zu erlangen.

Auch wenn diese Hegemonie im öffentlichen Diskurs nicht erreicht werden konnte,¹²⁰ war das Manifest nicht bloße „Spinnerei“¹²¹, „Unsinn“¹²², „völkisches Geschwätz“¹²³ oder gar versehentlicher „Ausrutscher“¹²⁴, sondern stellte einen doppelten Tabubruch seiner Zeit dar: einen trügerischen oder inszenierten und einen tatsächlichen Tabubruch. Der inszenierte Tabubruch¹²⁵ begann mit dem Vorstoß der Autoren, aus ihrem Manifest einen „letzten Versuch aus den Reihen etablierter Eliten“¹²⁶ zu konstruieren, um „die [vermeintlich öffentlich tabuisierten] Folgen der Einwanderung öffentlich zu diskutieren“¹²⁷. Der tatsächliche Tabubruch¹²⁸ begann mit der im Nachkriegsdeutschland auf diese Art bislang einzigartigen Publikation und Verbreitung der geäußerten rassistischen Vorstellungen im Heidelberger Manifest durch deutsche Akademiker.

Die Geschichte des Heidelberger Manifests endet indes nicht mit seiner Veröffentlichung. Zahlreiche Repliken und Gegenmanifeste wurden formuliert, Initiativen gegen Nachfolgeorganisationen ergriffen und Beiträge über die beteiligten Autoren und ihre anschließenden Vorhaben verfasst. Die Ablehnung, insbesondere aus den Universitäten und dem bürgerschaftlichen Engagement aus dem Lager, das es eigentlich zu gewinnen galt, überstieg die vereinzelte Aufwertung des Manifests in den Medien als „vernünftig

119 O.V.: „Sie verwenden Codewörter“. Interview mit Verfassungsschützer Möller, in: Spiegel Online, 10.10.2003, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,268945,00.html> [eingesehen am 20.12.2009].

120 Vgl. Butterwegge 2007 (s. Anm. 117), S. 333.

121 Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 235.

122 So der ehemalige bayrische CSU-Kultusminister Hans Maier zitiert nach Bierl, Peter: Am Metkessel, in: die tageszeitung, 15.06.1996.

123 Brandt, Willy: Grußwort, in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 49 f., hier S. 49.

124 Tomkowiak 1996 (s. Anm. 9), S. 190.

125 Zum Begriff des öffentlich „inszenierten Tabubruchs“ siehe Schröder, Hartmut: Tabu und Tabuvorwurf in der Politik. Kommunikative Aspekte inszenierter Tabubrüche, in: 11. Internationaler Kongress der Deutschen Gesellschaft für Semiotik: Stil als Zeichen. Funktionen - Brüche - Inszenierungen. Kongressdokumentation - Universitätsschriften - Schriftenreihe der Europa-Universität Viadrina, Bd. 24, Frankfurt an der Oder 2006.

126 Schwarz, Moritz: „Noch zwei Generationen Zeit“. Der Demographie-Experte Theodor Schmidt-Kaler über die Einwanderung, Helmut Schmidt und das „Heidelberger Manifest“, in: Junge Freiheit, 03.12.2004.

127 Ebd.

128 Hunn 2005 (s. Anm. 95), S. 500.

formulierte, akzeptable Diskussionsgrundlage“¹²⁹ bei Weitem. Insofern scheint das Heidelberger Manifest auf den ersten Blick als zivilgesellschaftliches Mittel zur Erlangung der Diskurshegemonie in der Bundesrepublik eigentlich zunächst gescheitert zu sein, vor allem da es eher eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für die Ausländerfeindlichkeit der Verfasser sowie deren teilweises Abrutschen in die äußerst rechtsextreme Szene zur Folge hatte. Der tatsächliche ambivalente Erfolg des Heidelberger Manifests wird jedoch erst offensichtlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass der gewünschte Transfer des rechtsextremen Diskurses in die Mitte der Gesellschaft dennoch zeitweise gelang.¹³⁰ Teile der Politik machten sich in der Zeit von Grundgesetzänderung und neuer Ausländergesetzgebung die ausländerfeindlichen Sprache und den rassistischen Inhalt des Heidelberger Manifests zu eigen und damit verantwortlich an einer Atmosphäre, die sogar als Pogromstimmung bezeichnet wurde.¹³¹ So enthielten etwa Entschließungsanträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beinahe wortgleiche Formulierungen aus dem Katalog der „Gründzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik“ der Heidelberger Manifestanten.¹³² Andere Parteien hingegen distanzieren sich lediglich der Form halber zwar vom Heidelberger Manifest, sahen jedoch gleichwohl seine restriktive Ausländerpolitik als notwendig an, um „Überfremdungsängsten“ zu begegnen und zu verhindern, dass Deutschland ein Einwanderungsland für „ethnisch Fremde und kulturell Andersartige“¹³³ werde.

Folgt man den klassischen Merkmalen zivilgesellschaftlicher Bewegungen, so stellt man fest, dass das Heidelberger Manifest nicht als exklusives Informationsmittel diene oder einen offenkundigen Diskursimpuls einer zivilgesellschaftlichen Bewegung darstellte, der von der Öffentlichkeit gar mehrheitlich zustimmend aufgegriffen wurde. Das Manifest verfügte angesichts seiner eher exkludierenden Leitgedanken weder über integrative Motive der Einbeziehung oder der Beteiligung, noch enthüllte es bislang Unveröffentlichtes oder besaß objektiv demokratiefördernde Züge. Vielmehr trug es mit seiner verschleiern und verborgen rassistischen Argumentation dazu bei, dass die Debatte um Integration und Zuwanderung auf Jahre hinaus weiter verschärft wurde.

In Victor Klemperers linguistischer Analyse zur „lingua tertii imperii“ heißt es, dass Sprache selbst Unbewusstes oder Verborgenes eines Menschen an den Tag bringe, denn „im Stil seiner Sprache liegt sein Wesen hül-

129 Burghart et al. 1982 (s. Anm. 40), S. 15.

130 Siegfried Jäger ist sogar der Ansicht, dass die „Liste der Unterzeichner des Heidelberger Manifests offenbar immer länger werde“; Jäger, Siegfried: Rassistismus im Diskurs. Vortrag bei der Diskussionsveranstaltung von ver.di „Rassistische Sprache in den Medien und Alltag“ am 27.03.2004 in Berlin.

131 Vgl. Kantara, John: No Go Deutschland, in: Die Zeit, 22.05.2006.

132 Vgl. Burghart 1984 (s. Anm. 5), S. 152 f.

133 Vgl. ebd., S. 152.

lenlos offen“¹³⁴. Die Betrachtung des Heidelberger Manifests zeigt, dass mit der Abfassung versucht wurde, durch „Übersetzung“ der rassistischen Begriffe in vermeintlich harmlosere Wortkonstruktionen diese Hüllen zu bilden, um das eigentlich rassistische Wesen des Textes möglichst zu verbergen. Die Untersuchung zeigt aber auch, dass die Verwendung der Argumente aus dem Heidelberger Manifest nicht mit der eigentlichen Publikation endet.¹³⁵ Noch heute verweisen NPD-Verbände in „zeitgemäßer Aufbereitung“¹³⁶ des Sündenbock-Mythos‘ auf das Heidelberger Manifest¹³⁷.

Im Mai 2000 mahnte Johannes Rau in seiner Berliner Rede: „Wer sich über die Untaten aus Fremdenfeindlichkeit empört, der darf die Unworte nicht überhören oder gar selber gebrauchen, die viel zu häufig die Runde machen. Unworte bereiten Untaten den Boden.“ Das Heidelberger Manifest suchte in seiner Zeit mit dem Drängen in den Diskurs der gesellschaftlichen Mitte die Vorbereitung dieser „Untaten“. In mancher Hinsicht hat es damit sein Ziel erreicht.

134 Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1975, S. 20 f.

135 Mehr als ein Jahrzehnt nach der Veröffentlichung des Heidelberger Manifests wurde der Begriff „Überfremdung“ zum Unwort des Jahres 1993 gewählt. Die Jury der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ stellte bei der Verwendung des Begriffs eine „Sprachlenkungsmaßnahme“ fest, welche die „undifferenzierteste Fremdenfeindlichkeit argumentativ absichern solle“.

136 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 142.

137 Siehe NPD Mittelfranken: Das Heidelberger Manifest von 1981 – aktueller denn je, online einsehbar unter: <http://www.npd-mittelfranken.de/?p=163> [eingesehen am 20.10.2009].

